

DER TAGESSPIEGEL

Mon BERLIN



VON PASCALE HUGUES

Aufstehen, Frau Merkel!

Aufstehen! Gestern Morgen bin ich mit einem Ruck aus dem Schlaf hochgefahren, saß vor Schreck erstarrt in meinem Bett. Hatten sich Sarah Wagenknecht und Oskar Lafontaine in mein Schlafzimmer geschlichen? Beugte sich das teuflische Paar mit mahndem erhobenem Zeigefinger und vor Empörung zusammengezogenen Augenbrauen über mein Bett? „Aufstehen!“, der Befehl hallte erneut durch den Hinterhof. Wenige Minuten später folgte ein schmetterndes „Frühstück!“. Der Albtraum verflüchtigte sich. Exit Rosa Luxemburg und Napoleon, es war nur der Familienvater der Wohnung unter mir, der seine Kinder zu Tisch rief. Ein angenehmer Kaffeeduft drang durchs Fenster. Ich hörte, wie die Jugendlichen über ihrer Müllschüssel ein müdes Knurren von sich gaben. Die würden sicherlich nicht um sieben Uhr morgens auf die Barrikaden gehen. Falscher Alarm. Ich atmete auf.

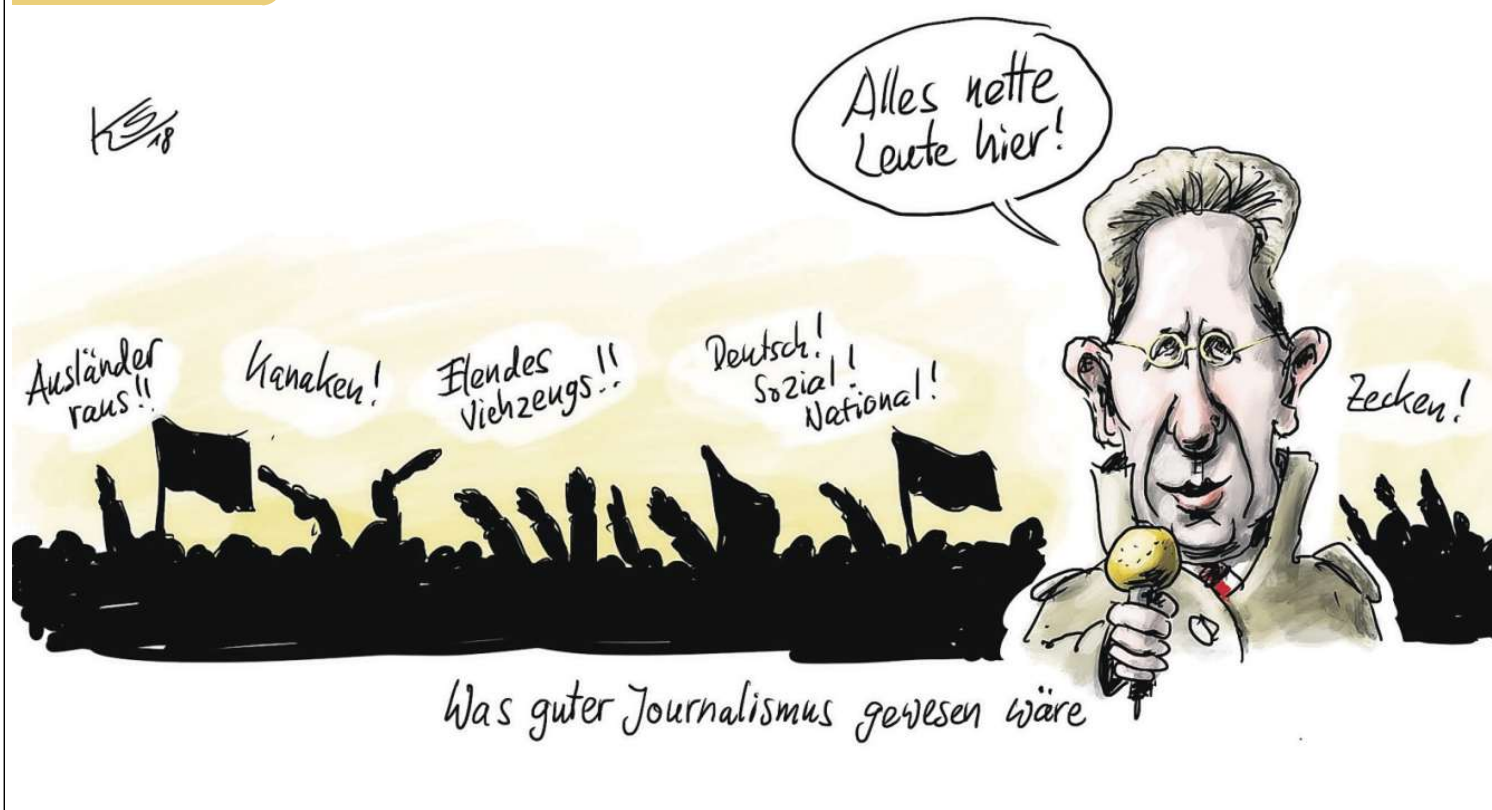
Warum sich immer alle für Christus halten müssen und unbedingt wollen, dass wir aufstehen und gehen! Nach „En marche!“ von Macron hat uns jetzt Heiko Maas als Couch Potatoes bezeichnet und fordert uns auf, vom gemütlichen Sofa runterzukommen und auf die Straße zu gehen. Können die sich nicht andere Metaphern einfallen lassen, um unsere demokratischen Energien zu mobilisieren?

Die Initiatoren von „Aufstehen!“ haben nicht als Einzige die Idee, endlich in die Offensive zu gehen und eine linke politische Bewegung über Parteigrenzen hinweg als Gegengewicht zu den Rechtspopulisten ins Leben zu rufen. Ihre Initiative ähnelt dem Prinzip nach Macrons „En Marche!“ und dem Inhalt nach der „France insoumise“ von Jean-Luc Mélenchon. Es ist höchste Zeit, der AfD und dem „Rassemblement national“ (ehemals Front National: neue Verpackung, gleicher Inhalt) etwas entgegenzusetzen. Die zwei Parteien scheinen die politische Bühne für sich gepachtet zu haben, während sich in der Gesellschaft fremdenfeindliche Einstellungen immer weiter verbreiten. Hier hat Sarah Wagenknecht das gleiche Problem wie Jean-Luc Mélenchon: Wie vermeidet man es, den Rechtsextremisten nach dem Mund zu reden? Wie kann man sich das Thema, vor dem Deutsche und Franzosen so viel Angst haben, zu eigen machen, ohne in Populismus und Nationalismus zu verfallen? In der Migrationsfrage begeben sich beide Politiker auf eine gefährliche Gratwanderung: Teile der alten, linken Stammwählerschaft zu vertreten, die sich von der Sozialdemokratie, der Partei Socialiste oder der PCF im Stich gelassen und von den Migranten bedroht fühlen und zugleich das Asylrecht und humanitäre Werte verteidigen. Auf das Risiko hin, als Rassisten bezeichnet zu werden. Sarah Wagenknecht schimpft auf die „Naivität“ und das traditionelle linke „gute Gewissen“. Jean-Luc Mélenchon lässt verlauten, er sei nicht dafür, „dass die Welt ständig umzieht, das gilt für Waren und das gilt für Menschen“. In den Rängen der Partei Die Linke und der kommunistischen und sozialistischen Parteien Frankreichs werden solche verbalen Ausfälle misstrauisch beäugt. Ähnelt das nicht auf verblüffende Weise den Äußerungen der Rechtspopulisten?

Eine ist bisher jedenfalls noch nicht aufgestanden: Angela Merkel, so verspricht man uns, wird sich nach Chemnitz begeben. Aber ein konkretes Datum dafür ist noch nicht bekannt. Man möchte sich unter das Fenster der Kanzlerin stellen und sie lauthals wecken: „Aufstehen!“

— Aus dem Französischen übersetzt von Odile Kennel.

STUTTMANN



Was guter Journalismus gewesen wäre

Die Marke ist kaputt

Warum die CSU bei der Bayern-Wahl viel verlieren wird

VON WERNER WEIDENFELD

Die konfliktorientierte Wortschöpfung Horst Seehofer von der Migration als „Mutter aller politischen Probleme“ wirkt eher wie eine Bewerbung um den Titel „Vater des Querulantentums“. Missvergüngen bestimmt die Szene. Gespannt blickt man in diesen Wochen auf Bayern. Ein Wahl-Drama zeichnet sich ab. Bei den Landtagswahlen in Bayern im Oktober 2018 wird die CSU ihre absolute Mehrheit verlieren. Ein buntes Spektrum kleinerer Parteien wird in das Parlament einziehen. Es ist mehr als die übliche Abfolge der diversen Arten von Machtspielen, die wir kennen in Europa, in Deutschland, in Bayern. Es ist die Vollenendung der Zeitenwende des Parteienstaates – nun auch in Bayern. Was steckt an historischer Bedeutsamkeit dahinter?

Der Parteienstaat in Deutschland war seit Gründung der Bundesrepublik 1949 von außergewöhnlicher Stabilität geprägt. Zwei große Volksparteien (CDU/CSU und SPD) dominierten. Eine kleine Partei (FDP) wirkte bei der Frage nach der Regierungsbildung oft mit. Die Veränderung der Koalitionsarithmetik bedeutete Regierungswechsel. Eine drastische Mehrheit von Stammwählern prägte die Wählerlandschaft. Es dauerte fast fünfzig Jahre – nämlich bis 1998 – bis erstmals das Wahlergebnis einen Regierungswechsel erzog. Erst dann, in den Jahren danach schrumpfte diese alte, von Stammwählern geprägte Mehrheit. Die Volksparteien verloren spürbar an Anhängern. Eine Debatte begann, ob CDU/CSU und insbesondere die SPD noch die Kriterien einer Volkspartei erfüllten. Neben der kleinen liberalen Partei FDP hatten sich weitere Parteien erfolgreich auf den Weg ins Parlament gemacht – die Grünen, die Linke, und zuletzt die AfD.

Nur in Bayern schien der klassische Parteienstaat weiterzexistieren. Abgesehen von kurzen Ausnahmen besaß die CSU die absolute Mehrheit. Unter Edmund Stoiber gelang es ihr sogar, eine Zweidrittel-Mehrheit zu erzielen. Die Stammwähler waren über Jahrzehnte der Katholik, der ländliche Bürger, der stolze, zufriedene Bayer, der bodenständige Aufsteiger, der traditionsbewusste Kulturträger. Diese Wahlarchitektur ist inzwischen abgelöst durch ein fluides Stimmungsmilieu, dessen Auf und Ab relativ schnell wechselt. Dieses Stimmungsmilieu wird seit einigen Jahren von der CSU intensiv bedient, im Positiven wie im Negativen.

Im Kern ist das Problem der Generationenwechsel in der Führung der Partei. Einen Einbruch beim Wähler gab es geradezu modellhaft, als Edmund Stoiber abgedrängt wurde. Seine Nachfolger verloren prompt die Mehrheit. Im Zuge des Generationenwechsels von Seehofer zu Söder wurden dem Bürger über Jahre hinweg Machtspiele dargeboten. Seehofer verlängerte das Schauspiel, indem er zur Ablenkung diverse Kronprinzen und Kronprinzessinnen einführte. Es gab keinen Tag ohne eine neue Schlagzeile aus diesem Laboratorium der Macht. Der querulatorische Machtkampf wurde zum Markenprofil der CSU. Man könnte dies auch als markante Ansehensverwundung bezeichnen. Schmerzhaft Austritte hat die CSU zu verzeichnen, darunter etliche besonders engagierte Katholiken. Diese Austritte betrafen und betreffen das historische Rückgrat der CSU.

Kann dies nun alles schnell bis zur Wahl in wenigen Wochen mit ein paar markigen Sprüchen in Vergessenheit geraten? Nein. Zum einen wissen wir, dass markante Markenprofile sich nur langsam ändern lassen. Andere Parteien werden davon profitieren: die Grünen, die AfD, die Freien Wähler, die FDP und vielleicht auch noch die Linke und die neue „Mut“-Partei. Zum anderen steckt hinter dem Phänomen des Niedergangs der CSU eine sehr grundsätzliche Problematik: Die kulturelle Grundierung der Demokratie – auch in Bayern – hat sich tiefgreifend verändert. Unser Zeitalter, das Zeitalter der Digitalisierung, ist gekennzeichnet von einem Höchstgeschwindigkeits-Datenfluss. Die meist kontextlosen Daten, die uns ohne die bisherige Hilfe unserer alten Symbolwelt zur Verfügung stehen, kreieren eine neue Komplexität unserer Welt, die wir kaum begreifen können. Das Zeitalter der Komplexität ist ein Zeitalter der Konfusion. Die Kombination des querulatorischen Oberflächenprofils mit tiefer gesellschaftlicher Konfusion macht den Niedergang der CSU aus.

Ist die CSU noch zu retten? Ein „Ja“ ist nur möglich, wenn die CSU eine neue Qualität intellektueller Anstrengungen entwickelt und praktiziert.

Worum geht es dabei? Der CSU lassen sich zum möglichen Zukunftserfolg etliche elementare Erkenntnisse ins Stammbuch schreiben:

Die CSU steht für interne Kämpfe um die Macht in der Partei

Die höchst komplexen Sachverhalte der modernen Welt bedürfen der Ordnung, der Selektion, einer verständlichen Symbolik. Sie bedürfen des Orientierungswissens. Ohne solche Filter sind Komplexitäten nicht in Formen zu übertragen, die Handeln ermöglichen. Permanente Komplexitätsreduzierung steht an, individuell wie gesellschaftlich. Es bedarf dazu der Bilder, die den Zusammenhang der sekundlich wechselnden informativen Details erfassen lassen. Über Jahrzehnte hat die Republik ihre Handlungskraft aus solchen Orientierungen bezogen, die zudem in die Interpretationsordnung großer weltpolitischer Konflikte eingewoben waren.

Politik, die orientieren will, braucht ein Narrativ. Sie muss die Gegenwart ihrer Vorschichte erfahrbar, verstehbar und gestaltbar machen. Und sie muss das Zukunftsnarrativ bieten, das den Gestaltungsrahmen der kommenden Details greifbar und formbar macht. Die Absenz eines solchen doppelten Narrativs ist auch bei der CSU von großer Bedeutung für ihr politisch-kulturelles Existenzprofil. Ein die Gesellschaft bindendes Konfliktmuster, ein Pro und Contra, wird nicht sichtbar.

Halten wir fest: Jede Gesellschaft – auch die bayrische Gesellschaft – lebt von dem elementaren Bestand ihres Orientierungswissens. Nur mit einem solchen Bestand wird die politische Entwicklung kalkulierbar. Wir orientieren unser Handeln an dem vermuteten Verhalten des anderen. Jede Gesellschaft lebt insofern von einem Vorschuss an historisch und politisch abgesichertem Vertrauen. Das gilt auch für Bayern. Wo dieses Vertrauen fehlt und wo dieses Vertrauen daher in Misstrauen umschlagen muss, dort büßen die politischen und sozialen Beziehungen ihre Kalkulierbarkeit ein.

Zusammenfassend kann man sagen: Die CSU leidet aktuell unter ihrem querulatorischen Markenprofil, das sich nicht in den wenigen Wochen bis zur Wahl verändern wird. Selbst im gegenwärtigen fluiden Stimmungsmilieu ist dies nicht möglich. Langfristig kann sich die CSU neue Stärke erarbeiten, falls ihr die Entwicklung und überzeugende Vermittlung eines großen Zukunftsnarrativs gelingt.

— Werner Weidenfeld ist Direktor des Zentrums für angewandte Politikforschung der Universität München und Rektor der Alma Mater Europaea der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Salzburg)

Niemand wird Assad aufhalten

Im syrischen Idlib droht ein Massaker

VON CHRISTIAN BÖHME

All die wortreichen Warnungen, beschwörenden Appelle und für die Öffentlichkeit inszenierten Verhandlungsrunden werden letztendlich nichts daran ändern: Der Sturm auf Idlib steht bevor. Die letzte Bastion der Aufständischen soll fallen. Koste es, was es wolle. Darin sind sich das Regime von Diktator Baschar al Assad und dessen Schutzmächte Russland und Iran einig.

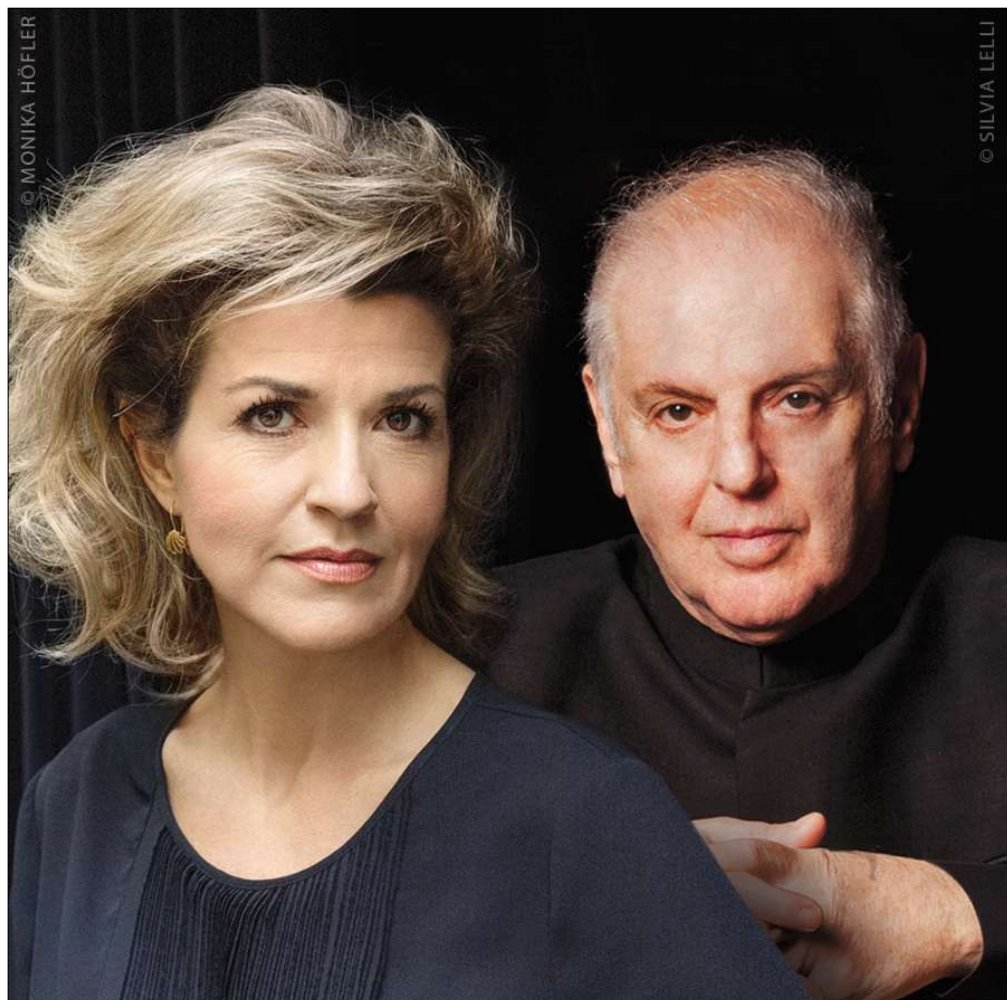
Moskau nennt die Region ein „eiertendes Geschwür“, die Herrschenden in Damaskus sprechen von einer „unabweichlichen Pflicht“, das Gebiet zurückzuerobern, es damit von allen „Terroristen“ zu säubern. Teheran betont ebenfalls, der Kampf sei „unvermeidbar“. Selbst eine Galgenfrist soll den drei Millionen Bewohnern verwehrt bleiben. Die Zeichen stehen also auf Sturm. Die letzte große Schlacht des Syrienkriegs wird bald beginnen. Und mit ihr Angst, Tod, Zerstörung, Leid und Flucht. Nicht nur tausendfach, sondern hunderttausendfach.

Denn in Idlib wird Assad noch einmal ein überall sichtbares Exempel statuieren. Will er zeigen, was jenen droht, die gegen ihn aufbegehren. Unterwerfen oder sterben, so sieht es das Regime. Doch dass sich die Regimegegner ergeben, ist nicht zu erwarten. Die vielen „Gotteskrieger“ – mehr als 10 000 gehören allein der Al Qaida nahestehenden Dschihadistenmiliz Haiat Tahrir al Scham an – werden es bestimmt nicht tun. Die Terroristen sehen in der bevorstehenden Schlacht einen Schicksalskampf. Auch ein Großteil der gemäßigten Opposition und der Zivilisten will auf keinen Fall klich unter Assads Herrschaft leben. Denn sie wissen allzu gut, was ihnen als tatsächliche oder vermeintliche Aufständische droht.

Auf ein Leben in Sicherheit oder gar Versöhnung dürfen sie nämlich nicht hoffen. Stattdessen gab es in den Gebieten, die Damaskus' Truppen wieder unter Kontrolle bringen konnten, offenbar vielfach willkürliche Festnahmen und Verhöre durch die staatlichen Sicherheitsdienste. Wer die Folterkeller überlebt, darf sich glücklich schätzen. Kein Wunder, dass niemand in Idlib den Versöhnungsversprechen des Regimes und Russlands Glauben schenkt. Was nichts anderes als ein Massaker zur Folge haben dürfte. Eines, das die in Aleppo, Ost-Ghouta oder Daraa womöglich verblieben lässt.

Fest steht dabei längst auch: Niemand wird Assad aufhalten. Weder Donald Trumps Amerika noch die ohnmächtigen Vereinten Nationen oder das hilflose Europa. Ja, sie alle werden sich empören und über die entsetzliche Gewalt wehklagen, ein schlechtes Gewissen wegen des eigenen Versagens inklusive. Doch das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Regierenden von Washington bis Berlin mit Assads Verbleib im Präsidentenam arrangiert haben. Ebenso wie mit der kommenden Friedhofsruhe.

ANZEIGE



100 Jahre Konzert-Direktion Hans Adler

Benefizkonzert mit Anne-Sophie Mutter und Daniel Barenboim

Donnerstag, 20.09.2018, 19.30 Uhr, Berliner Philharmonie

Dieses Jahr feiert die Konzert-Direktion Hans Adler ihr 100-jähriges Bestehen mit einer prominent bestückten Saison und einer Weltpremiere zum Auftakt: Anne-Sophie Mutter und Daniel Barenboim geben am 20. September 2018 ihren ersten gemeinsamen Duo Abend. Alle Einnahmen des Konzertes kommen den Stiftungen von Anne-Sophie Mutter und Daniel Barenboim zur Förderung des musikalischen Nachwuchses zu Gute.

Ob Richard Strauss, Walter Giesecking oder Yehudi Menuhin, ob Beaux Arts Trio oder Mstislaw Rostropowitsch: Klassiker von höchstem Rang und Namen waren schon immer Gast bei der Konzert-Direktion Hans Adler. Auch in dieser Saison begrüßt die Konzert-Direktion Hans Adler namhafte Künstlerinnen und Künstler wie Hélène Grimaud, Mitsuko Uchida, Grigory Sokolov und vielen mehr.

Kartenvorverkauf: Konzert-Direktion Adler, Tel. (030) 826 4727 Mo.–Sa. 9–20 Uhr, So. 14–20 Uhr

Weitere Informationen zum Jubiläumskonzert, sowie das Programm der Jubiläumssaison finden Sie unter: www.musikadler.de

